

Christine Watzinger

Rechtliche Probleme der Ausgestaltung von
Zahlungsverkehrssystemen in der
Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Eine Analyse von TARGET2



Nomos

Schriften zum Finanzrecht und Währungsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Häde, Europa-Universität Viadrina
Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Christoph Ohler, Friedrich-Schiller-Universität
Jena

Band 5

Christine Watzinger

Rechtliche Probleme der Ausgestaltung von
Zahlungsverkehrssystemen in der
Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Eine Analyse von TARGET2



Nomos

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Geld und Währung, Frankfurt a.M.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Passau., Univ., Diss., 2015

ISBN 978-3-8487-2895-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-7246-7 (ePDF)

1. Auflage 2016

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Der vorliegenden Arbeit liegt meine Dissertationsschrift zugrunde, die im Wintersemester 2015/2016 von der Juristischen Fakultät der Universität Passau angenommen wurde.

An dieser Stelle danke ich herzlich meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Christoph Herrmann, für seine Unterstützung während der Entstehungsphase dieser Doktorarbeit. Ohne seine Ermutigung, Inspiration und Bereitschaft zur kritischen Diskussion wäre diese Arbeit weder begonnen noch fertiggestellt worden. Mein Dank gebührt auch Herrn Prof. Dr. Urs Kramer für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein herzlicher Dank gilt Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Schön für die Möglichkeit, während meiner Promotionszeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen tätig sein zu können. Hierdurch konnte ich in einem inspirierenden wissenschaftlichen Umfeld arbeiten und auch dem Steuerrecht verbunden bleiben. Ich bin sehr dankbar für die großzügige Förderung, Ermutigung und Unterstützung in wissenschaftlicher sowie persönlicher Hinsicht. Für die Unterstützung in vielfachen Belangen möchte ich Frau Gabriele Auer, allen Bibliotheks-, Verwaltungs- sowie IT-Mitarbeitern und den Alumni danken. Mein besonderer Dank gilt meinen Kollegen am Institut, den Juristen und den Volkswirten, für Ihre Unterstützung, die fachlichen und persönlichen Gespräche und die schöne Zeit.

Herrn Dr. Julian Langner möchte ich für die Unterstützung mit hilfreichen Hinweisen und wertvollen Anregungen während der Entstehung meiner Doktorarbeit ebenfalls herzlich danken.

Herrn Prof. Dr. Ulrich Häde und Herrn Prof. Dr. Christoph Ohler danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe Schriften zum Finanzrecht und Währungsrecht.

Außerdem danke ich der Stiftung Geld und Währung für den großzügigen Druckkostenzuschuss zur Veröffentlichung dieser Arbeit.

Schließlich möchte ich mich bei meiner Familie, besonders bei meinen Eltern sowie meinem Ehemann, und bei meinen Freunden für ihre vielfältige Unterstützung, Aufmunterung, Verständnis und Zuneigung ganz herzlich bedanken.

München, im April 2016

Christine Watzinger

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Teil 1: Einleitung	23
Teil 2: Die Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion für einen einheitlichen Währungsraum	31
A. Der Weg zur einheitlichen Währung: Die Entstehungsgeschichte der Wirtschafts- und Währungsunion	31
B. Die Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion	40
I. Der Euro als einheitliche Währung	41
II. Die Währungsunion und Währungspolitik	44
III. Die Abgrenzung von Wirtschafts- und Währungspolitik	46
IV. Die Wirtschaftspolitik	48
C. Das Eurosystem als Zentralbanksystem des Euro-Währungsgebiets	56
I. Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) und das Eurosystem	56
1. Europäisches System der Zentralbanken und Eurosystem	56
2. Die Ausgestaltung des Europäischen Systems der Zentralbanken und des Eurosystems	58
II. Die Europäische Zentralbank (EZB)	62
1. Das EZB-Direktorium	64
2. Der EZB-Rat	65
3. Der Erweiterte Rat	67
4. Das Kapital der EZB	68
5. Das Recht der EZB, gesetzliche Zahlungsmittel zu schaffen	70
6. Die Befugnisse der EZB	71
III. Die nationalen Zentralbanken	71
1. Die nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist	73

2. Die nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist	75
3. Die Deutsche Bundesbank als nationale Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland	75
IV. Die Aufgaben des ESZB bzw. des Eurosystems, der EZB und der nationalen Zentralbanken	78
1. Das Ziel der Preisstabilität bei der Erfüllung der Aufgaben des ESZB bzw. des Eurosystems	80
2. Die Geldpolitik der Europäischen Union	86
a. Die geldpolitischen Instrumente	87
aa. Die Offenmarktgeschäfte	88
bb. Die ständigen Fazilitäten	91
cc. Die Mindestreserven	92
dd. Die Entscheidungs- und Handlungsbefugnisse bezüglich der geldpolitischen Instrumente	93
3. Die Devisengeschäfte	94
4. Die Verwaltung der Währungsreserven	94
5. Das reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs	94
V. Die Rechtsakte im Rahmen des Eurosystems	99
VI. Die Unabhängigkeit des ESZB	101
1. Institutionelle Unabhängigkeit	102
2. Personelle / persönliche Unabhängigkeit	103
3. Funktionelle / materielle Unabhängigkeit	104
4. Finanzielle / wirtschaftliche Unabhängigkeit	104
5. Währungsaußenpolitik	106
VII. Dezentralität als Merkmal des ESZB und des Eurosystems	106
D. Die Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit, Art. 63-66 AEUV	107
I. Die historische Entwicklung der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	108
II. Der Anwendungsbereich der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	113
1. Sachlicher Anwendungsbereich	113
a. Kapitalverkehr	113
b. Bedeutung der Kapitalverkehrsfreiheit	114
c. Zahlungsverkehr	117
2. Räumlicher und personeller Anwendungsbereich	119
3. Beschränkungsverbot	120

4. Rechtfertigung von Beschränkungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs durch Art. 64, 65 und 66 AEUV sowie durch ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	122
a. Art. 64 AEUV	122
b. Art. 65 AEUV	124
c. Art. 66 AEUV	127
d. Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	133
III. Die internationale Absicherung der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	134
1. Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO)	134
2. Bilaterale Investitionsabkommen (BITs)	135
3. Sonstige Verträge und Abkommen mit internationaler Absicherung der Kapitalverkehrsfreiheit	137
a. Multilaterale Abkommen	137
aa. Internationaler Währungsfonds (IWF)	137
bb. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD)	138
b. Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen der Europäischen Union mit Beitrittskandidaten	139
c. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen	140
d. Freihandelsabkommen Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)	140
E. Hilfen und Schutzmaßnahmen in Bezug auf Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist	141
F. Das Verhältnis von Drittstaaten zur Wirtschafts- und Währungsunion	148
Teil 3: Die Grundlagen der Zahlungs- und Verrechnungssysteme in der Europäischen Union	151
A. Begriffsbestimmung	151
I. Zahlungsverkehrssysteme	151

II. Großbetragszahlungsverkehrssysteme („large-value payment systems“) und Massenzahlungsverkehrssysteme („retail payment systems“)	153
III. Clearing	154
IV. Netting	154
V. Settlement	155
B. Die Zielsetzungen beim Zahlungsverkehr	155
C. Die Risiken innerhalb von Zahlungsverkehrssystemen	163
D. Die Unterschiede der Ausgestaltung der Zahlungsverkehrssysteme als Brutto-, Netto- und Hybridverfahren	165
I. Rechtliche Unterschiede der Brutto-, Netto-, und Hybridverfahren aus deutscher Sicht	166
1. Bruttoverfahren	166
2. Nettoverfahren	167
3. Hybridverfahren	169
II. Ökonomische Betrachtung der Ausgestaltungsmöglichkeiten von Zahlungsverkehrssystemen	170
1. Abwägung zwischen dem systemischem Risiko und den Kosten der Durchführung des Zahlungsverkehrssystems: Freixas und Parigi (1998)	171
a. Darstellung des Modells	171
b. Schlussfolgerungen aus dem Modell	174
c. Abwägung	176
2. Abwägung zwischen den Kosten durch die Verzerrung des Verhaltens der Banken und den Kosten der Durchführung des Zahlungsverkehrssystems: Kahn und Roberds (1998)	176
a. Darstellung des Modells	176
b. Schlussfolgerungen aus dem Modell	179
c. Abwägung	180
3. Die Ausgestaltung von Hybridsystemen	181
a. Nettosysteme und Kreditrisiko	182
b. Bruttosysteme und Innertageskredit („Intraday credit“)	182
aa. Kostenloser Innertageskredit	183
bb. Innertageskredit gegen Besicherung	183

cc. Innertageskredit gegen Zinsen	185
dd. Kein Innertageskredit, aber Verzinslichkeit der Liquiditätsreserven bei der Abrechnungsstelle	185
c. Queue-augmented Real-Time Gross Settlement (QART)	186
III. Weitere ökonomische Erwägungen zur Ausgestaltung von Zahlungsverkehrssystemen	186
1. Direkte und indirekte Teilnahme	187
2. Zweiseitige Märkte („Two-sided markets“)	188
3. Netzwerkeffekte und externe Effekte („Network effects and externalities“)	189
4. Verbundvorteile („Economies of scope“)	191
5. Skaleneffekte („Economies of scale“)	192
6. Natürliche Monopole („Natural monopolies“)	193
7. Moralisches Risiko („Moral hazard“)	194
8. Mögliche Clearing- und Settlement-Verfahren durch Private oder die öffentliche Hand aus ökonomischer Sicht	195
IV. Bewertung der Ausgestaltungsmöglichkeiten von Zahlungsverkehrssystemen	197
V. Bedeutung der Ausgestaltungsmöglichkeiten von Zahlungsverkehrssystemen für ein Zahlungsverkehrssystem des Eurosystems	199
Teil 4: Die historische Entwicklung des Zahlungsverkehrs	202
A. Die Entwicklung des Zahlungsverkehrs auf europäischer Ebene und zwischen den Mitgliedstaaten des Eurosystems	202
B. Die Entwicklung des Zahlungsverkehrs in Deutschland	219
Teil 5: Das TARGET2-System	223
A. Die Rechtsgrundlagen des TARGET2-Systems	223
I. AEUV	223
II. EZSB-Satzung	223
III. EZB-Leitlinien	226
IV. EZB-Beschlüsse	231
V. Sonstige systeminterne Rechtsakte und Vereinbarungen	234

VI. Spezifische Gesetze, Vorschriften und Vereinbarungen in Bezug auf den Zahlungsverkehr und den Betrieb des Systems	234
VII. EU-Rechtsakte, Vertrags-, Insolvenz- und Bankrecht	235
B. Die Funktionsweise des TARGET2-Systems	235
I. Funktion	235
II. Ziele	236
III. Teilnehmer	241
1. Direkte Teilnehmer	241
2. Indirekte Teilnehmer	243
3. Multi-Adressaten-Zugang	244
4. Erreichbare BIC-Inhaber	245
5. Ende der Teilnahme	245
IV. Struktur	247
1. Rechtliche Struktur	247
a. Stellung des Systembetreibers	247
b. Rechtsbeziehungen zwischen dem Systembetreiber und den Teilnehmern	248
c. Rechtsbeziehungen des Systembetreibers zu anderen Systembetreibern	249
d. Rechtsbeziehungen der Teilnehmer untereinander	249
2. Technische Struktur	249
3. Kontenstruktur	251
4. Leitungsstruktur	252
V. Einzelne Merkmale	255
1. Innertageskredit	255
2. Nebensysteme	257
3. Unwiderruflichkeit und Finalität	258
4. Liquidität	260
a. Liquiditätsbereitstellung	260
b. Liquiditätssteuerung	261
c. Liquiditätspooling	262
5. Informations- und Kontrollmodul	263
6. Weitere Funktionalitäten	264
VI. Schutzmechanismen für TARGET2	265
VII. Zahlungen	266
1. Zahlungsarten	266
2. Zahlungsabwicklung	267

VIII. TARGET2-Salden	268
1. Definition und rechtliche Grundlage	271
2. Rechte und Verpflichtungen im Zusammenhang mit TARGET2-Salden	274
a. Forderungen und Verbindlichkeiten gegen das Eurosystem	274
b. Funktionsmechanismus	277
c. Verzinsung der TARGET2-Salden	280
d. Ausreichendes Guthaben zur Ausführung von Zahlungen auf dem RTGS-Konto der Banken bei der nationalen Zentralbank	282
aa. Gewährung von Innertageskredit	282
bb. Kredite durch die EZB	283
(1) Offenmarktgeschäfte	284
(2) Ständige Fazilitäten	284
cc. Emergency Liquidity Assistance (ELA)	284
dd. Schlussfolgerung	287
e. Positionen der Akteure	288
f. Stellungnahme des Bundesministeriums der Finanzen	291
g. Kritische Positionen zu den TARGET2-Salden in der ökonomischen Literatur	291
h. Abweichende Meinungen zur Kritik zu den TARGET2-Salden in der ökonomischen Literatur	297
i. Stellungnahme	303
3. Vergleich zur Behandlung entsprechender Salden im Federal Reserve System der USA („Inter-District Imbalances“)	304
Teil 6: Rechtmäßigkeit des TARGET2-Systems	308
A. Unionsrechtliche Bewertung der TARGET2-Salden	308
I. Kompetenzgrundlagen zur Errichtung des TARGET2-Systems	308
II. Vereinbarkeit der TARGET2-Salden mit Art. 123 AEUV	309
1. Der Schutzzweck des Art. 123 AEUV	310
2. Der tatbestandliche Umfang des Verbots des Art. 123 AEUV	311
a. Das Verbot des direkten Notenbankkredits	311

b. Das Verbot des unmittelbaren Erwerbs von Schuldtiteln	313
c. Ausnahme vom Verbot des Art. 123 AEUV	316
3. Anwendbarkeit des Art. 123 in Bezug auf TARGET2- Salden	316
III. Vereinbarkeit der TARGET2-Salden mit Art. 124 AEUV	317
1. Der Schutzzweck des Art. 124 AEUV	317
2. Der tatbestandliche Umfang des Verbots des Art. 124 AEUV	318
3. Anwendbarkeit des Art. 124 AEUV in Bezug auf TARGET2-Salden	320
IV. Vereinbarkeit der TARGET2-Salden mit Art. 125 AEUV („No-Bailout-Klausel“)	321
1. Der Schutzzweck des Art. 125 AEUV	322
2. Der tatbestandliche Umfang des Verbots des Art. 125 AEUV	322
a. Die Ausführungen der Generalanwältin Kokott zu Art. 125 AEUV	323
aa. Die Adressaten des Art. 125 AEUV	324
bb. Der sachliche Umfang des Art. 125 AEUV	324
(1) Garantie für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten	324
(2) Darlehen zwischen Mitgliedstaaten	325
b. Die Ausführungen des EuGH zu Art. 125 AEUV	328
c. Die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 125 AEUV	329
d. Die Behandlung der Auslegungsfragen zu Art. 125 AEUV im Schrifttum	329
aa. Die Adressaten des Art. 125 AEUV	330
bb. „Freiwillige Hilfen“ und Art. 125 AEUV	331
cc. Eintritt in Verbindlichkeiten und Gewährung von Darlehen, Krediten sowie Garantien und Art. 125 AEUV	336
3. Anwendbarkeit des Art. 125 AEUV in Bezug auf TARGET2-Salden	338
V. Vereinbarkeit der TARGET2-Salden mit dem Grundsatz der „Unionstreue“	338
VI. Die Bedeutung der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit für die TARGET2-Salden	340

VII. Rechtliche Vorgaben für maximale TARGET2-Salden	341
B. Verfassungsrechtliche Bewertung der TARGET2-Salden	345
I. Maßstab für eine verfassungsrechtliche Bewertung der TARGET2-Salden	345
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Beteiligung an der Wirtschafts- und Währungsunion	346
III. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	352
IV. Die Haushaltsverantwortung des Deutschen Bundestags in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	353
1. Ausgangspunkt in der Rechtsprechung: Art. 38 Abs. 1, 20 Abs. 1 und Abs. 2 in Verbindung mit Art. 79 Abs. 3 GG	354
a. Konkrete Verletzung im Hinblick auf die Haushaltsverantwortung	357
b. Umfang der Haushaltsverantwortung	358
aa. Entscheidung durch den Deutschen Bundestag	358
bb. Keine unbestimmten Ermächtigungen	359
cc. „Herr der Entschlüsse“ auch in der Zukunft	360
dd. Internationaler und unionaler Aspekt	360
ee. Information des Deutschen Bundestag	361
2. Voraussetzungen für einen Verstoß gegen das Demokratieprinzip durch Verletzung der Haushaltsverantwortung	361
3. Verhältnis zum Europarecht	362
4. Voraussetzungen für einen Verstoß gegen das Demokratieprinzip durch eine dauerhafte Beschränkung der Haushaltsautonomie	363
5. Abgeleitete Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. September 2012	364
V. Verfassungsmäßigkeit der TARGET2-Salden	365
C. Austritt eines Mitgliedstaats	371
I. Austritt aus der Europäischen Union	371
II. Austritt aus der Währungsunion / der Eurozone	373
1. Ausschluss des Austritts aus der Währungsunion	373
2. Möglichkeit zum Austritt aus der Währungsunion nur bei gleichzeitigem Austritt aus der Europäischen Union	375

3. Möglichkeit zum Austritt aus der Währungsunion	376
a. Möglichkeit zum Austritt aus der Währungsunion nach unionsrechtlichen Grundsätzen	377
b. Möglichkeit zum Austritt aus der Währungsunion durch Änderung der Verträge	379
c. Möglichkeit zum Austritt aus der Währungsunion nach völkerrechtlichen Grundsätzen	379
4. Rechtliche Folgen eines Austritts aus der Währungsunion	379
III. Ausschluss aus der Währungsunion und der Europäischen Union	381
1. Ausschluss aus der Europäischen Union	381
2. Ausschluss aus der Währungsunion	382
3. Wahrscheinlichkeit eines Ausschlusses aus der Europäischen Union und der Währungsunion	383
IV. Stellungnahme zur Frage des Austritts und des Ausschlusses aus der Eurozone	384
V. Rechtliche Folgen durch TARGET2-Salden beim Austritt oder Ausschluss aus der Eurozone	385
Teil 7: Zusammenfassung	390
Literaturverzeichnis	395

Abkürzungsverzeichnis

§	Paragraph
a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
ABE	Association Bancaire pour l'Ecu bzw. ECU Banking Association, EBA
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AKP	Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean („AKP-Staaten“)
AL-Verfahren	„aggregated liquidity“-Verfahren
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
Art.	Artikel
ASI	Ancillary System Interface
Aufl.	Auflage
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AZV	Auslandszahlungsverkehr
BB	Betriebs-Berater
BGB	Bundesgesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIC	Bank Identifier Code
BIS	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Bank for International Settlements, BIS
BITs	Bilateral Investment Treaties, Bilaterale Investitionsabkommen
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Bank for International Settlements, BIS
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BOJ-NET	Bank of Japan Financial Network System
BT- Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

Abkürzungsverzeichnis

BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CAI-Verfahren	„consolidated account information“-Verfahren
CB	Central Bank, Zentralbank
CCPs	central counterparties
CEEC	Committee of European Economic Cooperation, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
CES	Center for Economic Studies
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement, kurz CETA, auch „Canada - EU Trade Agreement“
CLS	Continuous Linked Settlement
CPSS	Committee on Payment and Settlement Systems, Ausschuss der Zentralbanken für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme
d. h.	das heißt
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
eA	einstweilige Anordnung
EAF	Elektronische Abrechnung Frankfurt
EBA	ECU Banking Association, European Banking Association
EBLR	European Business Law Review
ECB	European Central Bank, Europäische Zentralbank, EZB
ECHO	Exchange Clearing House
ECOFIN	Rat Wirtschaft und Finanzen, Economic and Financial Affairs Council
ECU	European Currency Unit, Europäische Währungseinheit, EWE
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, European Financial Stability Facility
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation, European Free Trade Association
EFWZ	Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, EG-Vertrag (ab Vertrag von Amsterdam)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, EG-Vertrag
Eil-ZV	Eiliger Zahlungsverkehr
ELA	Emergency Liquidity Assistance

ELS	Elektronischer Schalter
EMZ	Elektronischer Massenzahlungsverkehr
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof; Gerichtshof
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUZ	Zeitschrift für Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWA	Europäischen Währungsabkommen
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EUR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
EZU	Europäische Zahlungsunion
Fed	Federal Reserve
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote(n)
FTA	Free Trade Agreements
GATS	Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, General Agreement on Trade in Services
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, General Agreement on Tariffs and Trade
GewArch	Gewerbearchiv
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GIPS-Länder	Griechenland, Irland, Portugal und Spanien
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
HS.	Halbsatz
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
i.V.m.	in Verbindung mit

Abkürzungsverzeichnis

IAS	Integrated Accounting System
ICM	Information and Control Module
ifo	ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
IMF	International Monetary Fund, Internationaler Währungsfonds, IWF
InsO	Insolvenzordnung
IntVG	Integrationsverantwortungsgesetz
ISA	Interdistrict Settlement Account
IWF	Internationaler Währungsfonds, International Monetary Fund, IMF
JA	Juristische Arbeitsblätter
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KWG	Kreditwesengesetz
LTRO	Longer Term Refinancing Operations, längerfristige Refinanzierungsgeschäfte
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MESA	Mutual ECU Settlement Accounts
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
MRO	Main Refinancing Operations, Hauptrefinanzierungsgeschäfte
NATO	North Atlantic Treaty Organization, Organisation des Nordatlantikvertrags bzw. Nordatlantikpakt-Organisation
NBER	National Bureau of Economic Research
NCB	National Central Bank(s)
NIK	Nationale Interlinking Komponente
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZB	Nationale Zentralbank
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD
OEEC	Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Organization for European Economic Co-operation, OEEC
OGAW	Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OMT	Outright Monetary Transactions
PM	Payments Module, Zahlungsmodul

PSSC	Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Verrechnungssysteme des ESZB
QART	Queue-augmented Real-Time Gross Settlement
REIO-Klausel	Regional Economic Integration Organisation-Klausel
REITG	Gesetz über deutsche Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen, REIT-Gesetz
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RTGS	Real Time Gross Settlement
S.W.I.F.T	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
Sec.	Section
SEPA	Single Euro Payments Area
SKS	Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, Treaty on Stability, Coordination and Governance in the Economic Monetary Union, TSCG
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
SMP	Securities Market Programme
sog.	sogenannt
SOMA	System Open Market Account
SSP	Single Shared Platform
TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer system
TSCG	Treaty on Stability, Coordination and Governance in the Economic Monetary Union, Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, SKS-Vertrag
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership, Trans-Atlantic Free Trade Agreement, TAFTA, Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, Transatlantisches Freihandelsabkommen
u.a.	und andere
UAbs.	Unterabsatz
UDFS	User Detailed Functional Specifications
USA	United States of America, Vereinigte Staaten von Amerika
usw.	und so weiter
v.H.	von Hundert
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung(en)

Abkürzungsverzeichnis

WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WKM	Wechselkursmechanismus
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WTO	World Trade Organization
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSteu	Zeitschrift für Steuern & Recht